POSTEINGANG

Zu dem Artikel ***Guttenberg unter Trommelfeuer*** *über die Plagiatsaffäre des Verteidigungsministers*
FTD VOM 24. FEBRUAR 2011

Eine Uni im Tiefschlaf

Wie kann dieselbe Uni, an der Herr Guttenberg seine Dissertation eingereicht hat, ihn jetzt des Betrugs bezichtigen? Hat nicht jeder Doktorand einen „Doktorvater", der ihn bis zur Doktorprüfung begleitet und sich auch die Arbeit durchliest? Zweitens gibt es doch Gutachter bei der Verteidigung der Arbeit. Drittens ist eine gute Promotion auch immer mit Fachartikeln untermauert, die Zwischenergebnisse der Arbeit darstellen. Dafür gibt es ebenfalls Gutachter oder zumindest Lektoren. Und all diesen Personen soll nichts aufgefallen sein? Entweder ist es zu leicht, in Deutschland zu promovieren, oder dieses „Doktortheater" ist für den einfachen Steuerzahler inszeniert, um von den eigentlichen Problemen in diesem Land abzulenken.

Dr. Lutz Garten, Schwelm

Blamierte Professoren

Die Uni Bayreuth ist mindestens genauso blamiert wie Guttenberg. Hat der Doktorvater nichts gelesen, hat die Promotionskommission nur durchgewinkt? Die Hochschule sollte besser ganz tief schweigen.

Matthias Moser, Würselen

Jetzt ist mal gut

Wozu wähle ich Politiker? Sicherlich nicht, um wochenlang mitverfolgen zu müssen, wie man versucht, einen Mann mit hoher Popularität wegen einer Doktorarbeit zu zerstören. Ich gewinne den Eindruck, dass Herr Guttenberg einigen Oppositionellen zu beliebt geworden ist und sie nur auf die nächsten Wahlen fixiert sind. Abgeschrieben hin oder her, Herr Guttenberg leistet gute Arbeit. Er hat seinen Doktortitel freiwillig zurückgegeben, damit sollte es gut sein.

Yannik Kruse, Buchholz

Ein neuer Strauß

Was Deutschland gerade erlebt, ist die Geburt eines Franz Josef Strauß des 21. Jahrhunderts. Wie Strauß ist Guttenberg ein politisches Naturtalent, ein erstklassiger Rhetoriker, ein bayerischer Volksheld und die Polarisierung in Person. Man kann ihn nur bewundern oder verabscheuen. Bei ihm bekommt die Redensart „Lügen wie gedruckt" eine ganz neue Bedeutung. Deshalb ist es gleichgültig, wie der jetzige Streit ausgeht – in zehn Jahren, wenn der Doktor längst verdaut und ausgeschieden ist, ist Guttenberg nicht einmal 50. Die Zukunft gehört ihm.

Eryk Roczynski, Warschau

Das Kennedy-Syndrom

Es ist nicht die erste Panne, in die zu Guttenberg verwickelt ist (bewusst oder unbewusst), und immer scheint er mit blauem Auge davonzukommen. Mag es am blauen Blut liegen? Oder ist es das Kennedy-Syndrom, das Menschen so verzaubert, dass sie nur das hören,was sie hören wollen? Dabei geht es bei dem Skandal um die Gefahr für unser Bildungssystem. Was ist, wenn es ab morgen in der Schule heißt: „Ja, ich habe abgeschrieben, aber es war unbewusst"?

Jolanta Knecht, St. Johann

Zum Artikel ***Amerika geht volles Risiko mit Boeings Papierflieger*** *über einen Auftrag des Pentagons*
FTD.DE VOM 25. FEBRUAR 2011

Geschickter Plan?

Airbus bietet mit, Boeing muss die Preise senken und produziert die Flugzeuge später mit Verlust. Das Geld fehlt Boeing dann für Neuentwicklungen in der zivilen Sparte. Am Ende mag sich der Aufwand, den Airbus in dieses Angebot gesteckt hat, durchaus gelohnt haben. „Geschickt ausgemerkelt", möchte man denken.

Jürgen Schiewe, Berlin

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de; per Fax: 040/37 03 84 34; oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg. Kennwort: Leserbriefe

Nur ja kein Militäreinsatz in Libyen

Zum Schutz der Bevölkerung vor Gaddafi erwägen EU und Nato Truppeneinsätze und Flugverbote – doch die schaden sowohl den Libyern als auch dem Westen selbst

Claudia Major und Christian Mölling

Angesichts der dramatischen Situation der libyschen Bevölkerung und der Brutalität des Gaddafi-Regimes wird der Ruf nach einer militärischen Antwort des Westens laut. Der luxemburgische Außenminister und die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte – Jean Asselborn und Navanethem Pillay – verweisen auf die Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft. Laut der „responsibility to protect" muss die Welt die Bevölkerung eines Landes vor Völkermord und Kriegsverbrechen schützen, wenn der eigene Staat dazu nicht fähig oder willens ist. Die Interventionsforderungen reichen von Überflugverboten über Libyen bis hin zum militärischen Schutz der Bevölkerung vor dem Gaddafi-Regime. Eine überstürzte Militärintervention hilft weder den libyschen Zivilisten, noch dient sie den Interessen der EU- und Nato-Staaten.

Diese Vorschläge zeigen, dass die Lehren von zwei Jahrzehnten humanitärer Interventionen, wie in Somalia, noch nicht verinnerlicht worden sind. Es lohnt, sich noch einmal die vom Philosophen Thomas von Aquin inspirierten Regeln zum gerechten Krieg (bellum iustum) vor Augen zu führen: Erstens müsse der Krieg einen gerechten Grund haben; zweitens eine gerechte Absicht geben; und drittens sei eine Legitimierung durch eine rechtmäßige Autorität nötig. Schließlich muss Gewaltanwendung das letzte Mittel sein und Aussicht auf Erfolg haben.

Während der gerechte Grund eines Militäreinsatzes (das brutale und systematische Niedermetzeln der Bevölkerung) und die gerechte Absicht (genau dieses zu verhindern) klar gegeben sind, steht es derzeit schlecht um die anderen Kriterien. Die Legalität einer Intervention käme durch ein Mandat der Vereinten Nationen. Doch derzeit erwägt der Sicherheitsrat dies nicht. Ein Einsatz ohne Mandat wäre möglich, würde aber nach dem Präzedenzfall der Nato-Intervention im Kosovo 1999 Uno und Völkerrecht weiter untergraben.

Ohnehin wäre zunächst zu klären, was die Intervention überhaupt bewirken soll: Gaddafi festnehmen? Die Milizen zur Aufgabe zwingen? Zivilisten schützen? In allen Fällen ist fraglich, ob es eine berechtigte Aussicht auf Erfolg gibt, zumal nicht klar ist, mit welchen Mitteln das Ziel erreicht werden soll und ob diese auch schnell verfügbar sind.

Ein Überflugverbot – wie dieser Tage mehrfach vorgeschlagen – ist einfach durchzusetzen, wird am Boden aber wenig bewirken. Denn eine ernst zu nehmende libysche Luftwaffe gibt es nicht. Stattdessen ist Libyen bereits mitten im Bürgerkrieg, im undurchsichtigen Häuserkampf in den Ballungszentren – Mann gegen Mann, Block um Block. Hier würden die alternativ vorgeschlagenen Luftschläge etwa durch die Nato die Zivilbevölkerung zusätzlich gefährden. Und schon allein die Übernahme eines solchen Mandats könnte den Einstieg in einen ausgedehnten Einsatz bedeuten. Denn um Milizen und Kämpfer aller Seiten zu trennen, wären Bodentruppen unumgänglich. Damit stünde der Westen in Tripolis vor den gleichen Problemen wie in Bosnien und Afghanistan: Die Lage am Boden ist unklar, sichere Informationen sind schwer verfügbar, der Gegner ist nicht zu erkennen und von der Zivilbevölkerung schwer zu unterscheiden. Selbst die Einrichtung humanitärer Schutzzonen mittels Bodentruppen wird schwer sein und lange dauern. Zudem müssten dann Versorgung und Unterbringung der Truppen sichergestellt werden.

Schon ein Überflugverbot könnte den Einstieg in einen ausgedehnten Einsatz in Libyen bedeuten. Dann aber stünde der Westen in Tripolis vor den gleichen Problemen wie in Bosnien und Afghanistan

Die Bereitstellung einer Streitmacht – mindestens 10 000 Mann – würde Nato oder EU an ihre Grenzen bringen. Der politische Appetit auf neue Abenteuer ist gering. Die militärischen Kräfte sind überdehnt, weil Einsätze wie Afghanistan Personal binden. Man könnte zunächst auf schnelle Krisenreaktionskräfte von Nato und EU zugreifen. Doch wenn diese Truppen nach einigen Wochen abgelöst werden müssen, stellt sich erneut die Frage, welcher Staat seine Soldaten für einen langfristigen und gefährlichen Einsatz bereitstellt.

Und welche Schlussfolgerungen wären aus dieser Intervention zu ziehen? Wäre der Westen dann auch zum militärischen Engagement bereit, wenn der Nahe Osten mit seinen autoritären Regimen ins Wanken geriete? Würde er auch in Saudi-Arabien, Syrien und im Iran intervenieren?

Die Reden vom Militärschlag suggerieren, dass eine schnelle Militäraktion die Probleme in Libyen löst. Aber nach der Ablösung Gaddafis wäre das Land weit entfernt von einem stabilen Zustand. Das Militär kann Zeit und Raum für politischen und gesellschaftlichen Wandel verschaffen, ihn umsetzen kann es nicht. Vielmehr werden Interventionsstaaten oft zum Teil des Problems. Beim Versuch, Ordnung herzustellen, werden sie in Machtkämpfe lokaler Akteure verwickelt. Kann der Westen der Versuchung widerstehen, einmal mehr in einem Konfliktsystem zu agieren, das er nicht versteht? Der Westen muss eine umfassende Strategie haben, in der der Militäreinsatz nur ein Schritt sein kann. Sonst stürzt er sich in eine weitere Operation ohne klaren strategischen Nutzen.

Dieser Aufruf zur Besonnenheit scheint angesichts der Toten und Verletzten unerträglich. Hilfe zu gewähren und freiheitliche Bewegungen zu unterstützen sind richtige und zutiefst europäische Ziele. Doch blinder Aktionismus lindert das Leiden der Menschen nicht. Er ist in doppelter Weise unverantwortlich: den eigenen Soldaten und politischen Zielen gegenüber sowie den Menschen in Libyen. Statt sich mit Nachdruck für eine tragfähige Lösung zu engagieren, würde der Westen seine Ressourcen in einem risikoreichen Unterfangen mit unklarem Ausgang binden, das der libyschen Bevölkerung im schlimmsten Fall mehr schadet als hilft.

Claudia Major ist stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der unabhängigen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Christian Mölling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der SWP-Forschungsgruppe Sicherheitspolitik.

Wie die toten Fische

Der Siegeszug der Indexfonds ist eine intellektuelle Bankrotterklärung, deren Nachteile nun nach und nach sichtbar werden. Seit Jahren reiht sich bei den DAX-Aufsteigern Flop an Flop

Christian Kirchner

Kaufen Sie im Supermarkt ein Pfund Butter lieber für 2,99 Euro als für 1,49 Euro? Meinen Sie, Qualität lässt sich allein am Preis erkennen? Und glauben Sie mit Blick auf die letzten Jahre, dass es sich am Kapitalmarkt auf Dauer lohnt, mit dem Strom zu schwimmen? Wenn Sie alle drei Fragen klar mit Nein beantworten, dann ist es höchste Zeit, sich einem Thema zu befassen, das bislang leider nur Akademiker beschäftigt: die unübersehbaren Nachteile kapitalgewichteter Indizes.

Eine Handvoll Indizes – wie der deutsche DAX, der US-Standardwerteindex S&P 500, der europäischen Euro Stoxx 50 oder der MSCI World – sind inzwischen Dreh- und Angelpunkt der globalen Investmentwelt, sowohl bei aktiven Investmentfonds als auch passiven Indexfonds (ETFs). Die Passiven bilden einen Index kostengünstig wie transparent ab und schneiden auf lange Sicht besser ab als vier Fünftel der aktiven, meist teureren Konkurrenz. Die aktiven Verwalter wiederum müssen sich an eben jenen Indizes messen – und trauen sich viel zu selten, wesentlich von der Indexzusammensetzung abzuweichen.

Der Siegeszug der Indexfonds, deren verwaltetes Vermögen sich binnen einer Dekade auf 1300 Mrd. Dollar versechsfacht hat, sollte skeptisch stimmen. War die enorme Popularität einer Strategie oder einer Branche nicht stets ein Warnsignal? Sollte sich nicht längst die Erkenntnis durchgesetzt haben, dass sich langfristig antizyklisches Anlegen eher lohnt, als mit dem Strom zu schwimmen?

Es spricht vieles dafür, dass man in zehn Jahren wieder mit dem gleichen Kopfschütteln auf die Indexgläubigkeit der heutigen Tage zurückblicken wird wie auf manch anderen Exzess der Vergangenheit. Der Grund: Die bekanntesten Indizes wie der DAX, der S&P 500 oder der MSCI World sind allesamt kapitalgewichtet. Das heißt: In die Indizes werden Aktien aufgenommen, die sich aufgrund ihrer Größe und Liquidität dafür qualifizieren. Die Gurken fallen wiederum unten heraus, und auf Indexebene richtet sich die Gewichtung nach der Marktkapitalisierung der Mitglieder.

Das klingt gut, erst recht, wenn man diese Strategie – etwa im DAX – für lediglich gut 0,1 Prozent Managementgebühr pro Jahr als Indexfonds kaufen kann. Doch in der Praxis führt dies dazu, dass die bereits gut gelaufene Werte in den Index aufgenommen werden und das Kurswachstum der Vergangenheit (!) das einzige (!!) Kriterium für die Aktiengewichtung ist. Mehr Prozyklik bei einer Anlage geht nicht. Wer 1990 einen Indexfonds auf den MSCI World gekauft hätte, wäre mit 40 Prozent seines Geldes in japanische Aktien eingestiegen. Wer im Frühjahr 2000 einen europäischen Standardwerte-Indexfonds erwarb, investierte knapp der Hälfte in IT- und Telekommunikationstitel; wer dies 2007 tat, kaufte für 40 Prozent seines Geldes Finanzwerte. Der jeweilige Fortgang der Geschichte ist bekannt.

War die enorme Popularität einer Strategie oder Branche nicht stets ein Warnsignal?

Im Reich der Anleihenindizes wird es noch irrer: Hier hängt die Zusammensetzung meist von der Summe der im Umlauf befindlichen Anleihen eines Staates ab. Das heißt: Je mehr Schulden also ein Land aufhäuft, desto größer dessen Indexgewicht und umso größer der Anteil, den passive Indexanleger in die Verbindlichkeiten dieses Landes investieren. Das ist eine intellektuelle Bankrotterklärung. Sie fliegt nur deshalb nicht auf, weil es einerseits die aktive Konkurrenz kaum besser macht und andererseits schnell vergessen wird, dass Indexfonds noch immer eine vergleichsweise junge Idee sind: Die Indizes gibt es weit länger als die Indexfonds – welchen Einfluss das Wachstum dieser Fonds auf die Indizes selbst haben wird, liegt im Dunkeln.

Dabei sollten schon einfachste Berechnungen Stirnrunzeln auslösen. So hat der US-Ökonomieprofessor Jeremy Siegel einmal errechnet, was passiert wäre, wenn ein Anleger zur Auflage des S&P-500-Index 1957 den Ur-Index gekauft und anschließend jede der über 1000 Indexänderung ignoriert hätte. Das Ergebnis: Der Ur-Index hätte – obwohl viele der Mitglieder pleitegingen und Stars wie Microsoft, Apple oder Cisco verpasst worden wären – mit 11,7 Prozent Rendite pro Jahr besser abgeschnitten als der S&P 500 mit 10,8 Prozent. Der Grund: Der Preis vieler neuen Unternehmen im Index war schlicht zu hoch bei der Aufnahme.

Ich habe im Jahr 2007 einmal die Berechnung mit dem Ur-Dax aus dem Jahr 1988 durchgeführt und bin zu dem gleichen verblüffenden Ergebnis gekommen: Der DAX stünde längst bei über 10 000 Punkten, wenn Anleger jede der 31 DAX-Indexveränderungen schlicht ignoriert und sich 1988 mit dem damaligen DAX-Portfolio schlafen gelegt hätten.

Der Grund ist auch hier: Werte steigen erst dann in den DAX auf, wenn sie bereits stark gelaufen sind. 13 der 18 Aufsteiger in den DAX seit dem Jahr 2000 (und damit dem Beginn des Siegeszugs der Indexfonds) liefen nach der Aufnahme schlechter als der Index; im Schnitt lieferten alle Aufsteiger ab dem Datum der Aufnahme um 24 Prozentpunkte schlechter als der DAX selbst. Aktien wie die des Finanzdienstleisters MLP (84 Prozent Kursminus während seiner DAX-Mitgliedschaft), des Chipherstellers Infineon (99 Prozent Minus), der Ex-Siemens-Tochter Epcos (74 Prozent Minus) oder der Postbank (77 Prozent Minus) wurden zu Höchstkursen in den DAX aufgenommen und zu Tiefstkursen hinausgeworfen.

Der DAX stünde über 10 000, wenn Anleger jede Indexveränderung ignoriert hätten

Doch was heißt all dies für die Geldanlage? Vier Fünftel der aktiven Konkurrenz – das ist das so überaus Bemerkenswerte – macht es nach Kosten nicht besser als ein Index. Die Flut neuer Indizes und Indexfonds mit oft fragwürdiger Transparenz macht die Produktwahl nicht leichter. Unter dem Strich ist daher die Wahrscheinlichkeit hoch, mit passiven Fonds auf klassische Indizes am Ende doch noch besser zu fahren als mit aktiv gemanagten Produkten.

Zwei Maßnahmen liegen nahe: Erstens lohnt bei Indexfonds eine möglichst breite Aufstellung, um die Nachteile wenigstens zu minimieren: Ein MSCI Deutschland ist besser als ein DAX, ein Stoxx 600 besser als ein Stoxx 50. Und zweitens sollten Anleger bei der aktiven Konkurrenz genau hinschauen, wer den Mut hat, sich deutlich von den Indizes zu lösen. Nur diese Manager dürften auf Dauer die Chance haben, die passive Konkurrenz zu schlagen.

Christian Kirchner ist stellvertretender Leiter des Finanzressorts.
E-Mail kirchner.christian@guj.de

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.
Sprecher des Chefredakteurskollegiums: Steffen Klusmann
Chefredakteure: Stefanie Burgmaier (BÖRSE ONLINE), Dr. Nikolaus Förster (impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)
Stellvertretende Chefredakteure: Christian Baulig (Capital), Sven Clausen (FTD), Gereon Kruse (BÖRSE ONLINE), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)
Artdirector: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Sv)
Geschäftsführende Redakteurin: Isabelle Arnold
Chef vom Dienst: Cosima Jäckel, Sven Sorgenfrei (Sv)
Unternehmen: Guido Warlimont (Ltg.), Jörn Pateraik (Stv.), Jenny Genger (Industrie und Dienstleistungen), Nina Klöckner (Leit. Red.), Melanie Bergermann, Ulf Brychy (Reporter), Birgit Dengel, Ruth Fend, Kristina Gnieke, Annika Graf, Henning Hinze, Margret Hucko, Kristin Hüttmann, Gregor Kessler, Léonard Klimm, Lutz Knappmann, Volker Kühn, Jennifer Lachman, Arndt Ohler, Martin Ottomeier, Annette Raeß, Andrea Rungg, Nora Schlüter, Thomas Wendel, Kathrin Werner
Politik: Andreas Theyssen (Ltg.), Dr. Arne Delfs (Deutsche Politik), Ines Zöttl (Ausland), Nils Kreimann (Leit. Red.), Timo Pache (Leit. Red.), Christian Schütte (Chefkolumnist), Max Borowski, Michael Carlin, Claudio De Luca, Monika Dunkel, Georg Fahrion, Nikolai Fichtner, Andreas Große Halbuer, Christiane von Hardenberg, Claudia Kade, Martin Kaelble, Silke Mertins, Helmut Monkenbusch, Mathias Ohanian, Maike Rademaker, Raniah Salloum, Thomas Steinmann, Jens Tartler, Friederike von Tiesenhausen, Stefan Tillmann, Marina Zapf, Joachim Zepelin
Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (Ltg.), Christian Kirchner (Stv.), Reinhard Schulte-Hönighaus (Banken und Versicherungen), Christine Mai (Leit. Red.), Jörg Berens (Das Kapital), Wolfgang Proissl (Chefkorrespondent), Heinz-Roger Dohms, Herbert Fromme, Doris Grass, Uta Harnischfeger, André Kühnlenz, Christian Lauenstein, Rolf Lebert, Nina Luttmer, Jörn Petring, Matthias Pindter, Mareike Scheffer, Meike Schreiber, Sarah Speicher-Utsch
Geld: Jochen Mönsch (Ltg.), Helmut Kipp (Stv.), Wolf Brandes (Produkte), Tobias Aigner, Elisabeth Atzler, Grit Beecken, Renate Daum, Ermeran Eder, Sebastian Entinger, Erich Gerbl, Egmont Haidt, Ludwig Heinz (Koord. Anlagestrategie), Dennis Kremer, Marcus von Landenberg, Britta Langenberg, Ina Linden, Bernd Mikosch, Hans-Jürgen Möhring (Koord. Portfolio), Maximilian Pisacane, Nikolaus von Raggamby (Immobilien-Kompass), Martin Reim, Jutta Reuffer, Karsten Röbisch, Daniel Saurenz, Tobias Schorr, Patrick Schroth
Electronic Media: Dr. Anton Notz (Ltg.), Joachim Dreykluft (Nachrichten), Thomas Schmoll (Stv.), Martin Virtel (Multimedia), Andreas Albert, Kai Beller, Annette Berger, David Böcking, Matthias Brügge, Angelika Dehmel, Gregor Haake, Martin Hintze, Corinna Kreiler, Fabian Löhe, Björn Maatz, Kai Makus, Sabine Meinert, Jörgen Naskrent, York Runne, Barbara Schäder, Sven Schirmer, Laetitia Seybold, Jennifer Tiede, Franz-Georg Wenner
Nachrichten: Philipp Jaklin (Ltg.), Klaus Jäkel (Blattmacher Infografik), Martin Scheele (Köpfe und Karrieren), Kai Schineberg, Nicolas Schöneich
Reporte: Lorenz Wagner (Chefreporter), Jens Brambusch, Matthias Lambrecht, Andrzej Rybak; Out of Office: Nikolaus Röttger (Koordination), Georg Dahm, Katrin Kothes, Rainer Leurs (Weekend), Matthias Oden, Anja Rützel, Dr. Willy Theobald (Kultur); Bildung: Marion Schmidt; Mittelstand: Michael Prellberg (Textchef), Antonia Götsch (Leit. Red.), Hanna Grabbe, Jonas Hetzer, Claus Hornung, Christian Litz, Katja Michel, Claus G. Schmalholz, Felix Wadewitz; Recht & Steuern: Andreas Kurz (Koordination), Elke Spanner; Kommentar: Ulrike Sosalla (Ltg.), Benjamin Dierks, Falk Heunemann, Stefan Kaiser, Simon Schäfer; Sport: Elke von Berkholz, Axel Kintzinger; Lifestyle: Susanne Klein (Redaktionsleitung how to spend it), Kristine Bilkau, Bianca Lang-Bognár, David Schumacher
Chefökonom: Thomas Fricke
Redakteure beim Chef vom Dienst: Petra Boehm, Heike Dierbach, Bodo Drazba, Claudia Hönck, Nina Jauker, Eva Weikert
Lektorat: Astrid Froese (Ltg.), Cornelius Busch, Dagny Hildebrandt, Inger Hoffmann, Patrick Schleker
Übersetzungen: Matthias Schulz (Ltg.), Katrin Günther, Manfred Schnitzlein
Layout: Julia Dente, Dana Hofmann, Felix Iturozqui, Bettina Janietz, Judith Mohr, Christopher Nie, Ingolf Sauer, Olaf Schmidt, Kamila Suwara
Infografik: Andreas Mohrmann (Ltg.), Petra Ehrhorn (Datenrecherche), Lisa Bucher, Benedikt Grotjahn, Klaas Neumann, Liliane Oser, Nikola Pieper
Bildredaktion: Peter Raffelt (Ltg.), Jose Blanco (Stv.), Heike Burmeister, Nina Lempke, Sönke Mones, Anke Schulz, Maxim Sergienko, Carina Weirauch
Bildbearbeitung: Frank Eberle (Koord.), John Greve, Wolfgang Scheerer, Eric Tscherne, Judith Walgenbach
Beilagen: Volker Bormann (Ltg.), Dr. Hiltrud Borntrup, Johanna Hergt, Thomas Strohm; Layout: Nicolai Gogoll, Andreas Voltmer; Bildredaktion: Florian Kraska
Redaktionsassistenz: Annika Dröge, Frank Jäckel, Svenja Jaenicke-Röttger, Solveig Klumpp, Daniela Kroker, Anita Krüger, Jana Lübberstedt, Julia Ohlig, Anett Pürstner, Cornelia Thiede
Korrespondenten Inland: Düsseldorf: Kirsten Bialdiga, Michael Gassmann; Frankfurt am Main: Klaus Max Smolka; München: Gerhard Hegmann, Angela Maier, Stuttgart: Helmo Fischer
Korrespondenten Ausland: Brüssel: Peter Ehrlich (Ltg.), Dr. Claus Hecking, Mark Schrörs; New York: Matthias Ruch; Paris: Lutz Meier
Freie Mitarbeiter: Tobias Bayer (Zürich), Andreas Bächler, Nele Husmann, Thomas Jahn (New York), Antonie Klotz, Titus Kroder (London), Helene Laube (San Francisco), Stefan Maynard, Volker Müller (Neu-Delhi), Dr. Joachim Müller-Soares, Sabine Muscat (Washington), Christian Scheid, Andreas Schuck, Andre Tauber (Mailand), Brigitte Wallstabe-Watermann, Claudia Wanner (Hongkong)
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Steffen Klusmann.

Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.
Verlag: Grj Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG
Geschäftsführer: Dr Bernd Buchholz, Ingrid M. Haas
Verlagsleitung: Jan Honsel, Dr. Albrecht von Arnswaldt
Gesamtanzeigenleiterin: Helma Spieker
Anzeigenleiter: Jens Kauerauf (FTD, hts, enable), Martina Hoss (Capital, impulse, BÖRSE ONLINE)
Marketing und Business Cooperations: Antje Fitzner
Leiter Herstellung: Matthias Richter
Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Vertriebsleitung: Christopher Höpfner, Düsternstr. 1–3, 20355 Hamburg
Abopreise: Inland (inkl. MwSt.): € 42,00 pro Monat, € 504,00 pro Jahr; Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung: € 21,00 pro Monat, € 252,00 pro Jahr; Lieferung jeweils frei Haus, Auslandspreise auf Anfrage. Abonnements können nach Ablauf des vereinbarten Bezugszeitraums zum Monatsende gekündigt werden, wenn dem Verlag die Kündigung bis zum 15. des Monats schriftlich vorliegt. Die FTD erscheint börsentäglich montags bis freitags. Erscheint die Zeitung durch höhere Gewalt oder Streik nicht, besteht kein Anspruch auf Entschädigung.
Abobestellung: FTD-Kundenservice, 01042 Dresden, Tel.: 0800/080 81 82*, Mo. bis Fr. 7–20 Uhr, Fax: 0800/087 88 89** (*EAnruf bzw. Fax kostenfrei; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de
Nachdruckrechte/Syndication: Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens, Anfragen: Isabella Karnauf, Tel.: 040/57 05-2590, E-Mail: karnauf.isabella@picturepress.de
Anzeigenabteilung: Tel.: 040/57 05-8279, E-Mail: media@ftd.de; Anzeigen-/Druckunterlagenschluss: ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr
Verlag und Redaktion Hamburg: Am Baumwall 11, 20459 Hamburg, Brieffach 02, 20444 Hamburg, Tel.: 040/57 05-0
Redaktion Frankfurt: Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 069/75 50 97-0
Redaktion Berlin: Friedrichstraße 60, 10117 Berlin, Tel.: 030/220 74-0
Leserservice: 040/57 05-8550, Mo. bis Fr. 10–13/14–17 Uhr, leserservice@ftd.de
www.ftd.de **ISSN 1615-4118**
„Financial Times", „Financial Times Deutschland" und „FTD" are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10565 Berlin

A B H M